

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher 27 Amt Dönhof 292 bis 297
Telegrammbriefe: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 10 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
siehe Morgenausgabe

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Hauptfeind ist . . . Hirverrenkungen auf Befehl

Die kommunistischen Zeitungsschreiber haben schwere Zeiten. Die Sozialdemokratie ist längst nicht mehr in der Regierung, sondern in der Opposition, sie muß jedoch laut Auftrag von höherer Stelle immer noch als Hauptfeind behandelt werden. Auf die Papageienfrage „Wer hat Schuld?“ lautet trotz Papen, Schleicher, Hitler usw. die Papageienantwort noch immer: „Die SPD!“

Wenn jetzt die Ausweisung kommunistischer Ausländer verfügt wird, oder wenn eine Verordnung zur Verteuerung der Margarine erlassen wird oder wenn sonst etwas auf der Erde oder auf dem Monde passiert, immer muß die SPD die Schuld daran haben!

So bringt es die „Rote Fahne“ fertig, ihren Artikel über die Ausweisungen mit der Überschrift zu versehen: „SPD-Severing der Vater dieses Skandals“, und über einige kritische Bemerkungen zur Margarineverordnung die Worte zu schreiben: „Wie Hermann Müller für Papen und Schleicher vorarbeitete.“

Natürlich wissen auch die kommunistischen Zeitungsschreiber, daß zwischen den Regierungshandlungen Severings und Müller und den kritisierten Taten der heute Regierenden gar kein Zusammenhang besteht. Diese Zusammenhänge werden aber mit Gewalt konstruiert und an den Haaren herbeigezogen, bloß weil nach der alleinseligmachenden bolschewistischen Glaubenslehre alle Uebel der Welt aus der Hölle der SPD kommen.

Der schlimmste von allen SPD-Teufeln ist und bleibt jedoch der „Borwärts“. Schon in der Ausgangszeit der Papen-Regierung hatte er sich bei der kommunistischen Presse durch seine „wilde Dauerpolemik gegen Papen“ höchst unbeliebt gemacht. Jetzt wird die volle Schale des Bolschewistenjornes über ihn ausgegossen, weil er sich „in das Gewand des biederen Freundes der heimtölichen Ausländer hüllt“ und weil er gegen die Margarineverordnung teils „heulmaiert“, teils „einen wütenden Kampf mimt“. Hätte der „Vorwärts“ sich der mit Ausweisung bedrohten Ausländer nicht angenommen und hätte er die Margarineverordnung nicht bekämpft, so würde die „Rote Fahne“ darin gewiß einen vollgültigen Beweis dafür gefunden haben, daß der „Vorwärts“ im Solde Schleichers das Proletariat verrät. Aber wenn der „Vorwärts“ die Ausländerausweisung und die Margarineverordnung bekämpft, so ist das auch wieder nur ein Beweis für seine teuflische Niedertracht!

Solche Hirnverrenkungen gehören jetzt für die kommunistischen Zeitungsschreiber zur täglichen Morgengymnastik. Man könnte über sie lachen, wenn die Sache nicht auch eine ernste Seite hätte. Denn alles, was die KPD an den Haaren herbeizieht, um der Sozialdemokratie die Schuld an den heutigen Zuständen aufzubürden, wirkt doch als eine Entlastung der wirklich Schuldigen. Die „Rote Fahne“, die ihren Lesern täglich vorführt, wie sie stecken mit Schleicher unter einer Decke, leistet tatsächlich für Schleicher unbeschreibbare Arbeit, indem sie jeden Vorstoß gegen ihn, sein System und seine Ministerkollegen in die Richtung auf die Sozialdemokratie abzuwenden versucht.

Ohne jede Rücksicht auf Tatsachen geht die KPD ihren vorgeschriebenen Weg. Hauptfeind war nicht Papen. Hauptfeind ist nicht Schleicher. Hauptfeind ist nicht der Faschismus. Hauptfeind ist nicht die feudale Reaktion. Hauptfeind ist und bleibt die Sozialdemokratie!

„Ist es auch Wahnsinn, hat es doch Methode!“

Ziffern statt Brot

Die Arbeitsbeschaffung — vorläufig große Ziffern und viele Akten, aber keine Arbeit!

Wenn wir eine ordentlich funktionierende Pressestelle der Reichsregierung hätten, die nicht Meinungsfabrik wäre, sondern ein Institut für Tatsachenermittlung, so würde durch sie festgestellt werden:

1. Die privatkapitalistische Wirtschaft hat schon viel mehr Kredite zur Verfügung gestellt bekommen als sie in Anspruch zu nehmen gewillt ist (sie fauldet sich, aber treibt nicht Arbeitsbeschaffung).

2. Jetzt ist man wieder dort, wo frühere Regierungen waren, bei der planmäßigen Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand (die ungeheuerliche Arbeitslosigkeit ist wesentlich mit durch die jahrelange heftige Bekämpfung der öffentlichen Wirtschaft des Reiches, der Länder und Gemeinden beeinflusst worden).

Leider wird durch die bürgerliche Presse zumeist nicht die Wahrheit verbreitet, sondern nur Zahlenwert, programmatisch aufgedonnert, agitatorisch herausgeputzt und mit Selbstlob und anderem billigen Weidrausch umdunstet. Im übrigen werden Akten angelegt. Die Finanzierungspläne sind auf dem geduldigen Papier schon beinahe bei drei Milliarden Goldmark angelangt.

Wie sieht es in Wirklichkeit aus?

In den öffentlichen Haushalten (Reich, Länder und Kommunen) sind die Sachausgaben durch fortgesetzte Streichungen im Jahre 1932 so weit abgebaut worden, daß diese Etats bald überhaupt nur noch aus überdies ebenfalls rückwärts geführten Personalausgaben bestehen (Behälter, Böden, Wartegebäude, Sozialrenten, Wohlfahrtspflege).

Die Reichsbahn gab in normalen Jahren 1,5 Milliarden für Sachzwecke aus, ihr Etat für 1932 sah ganze 800 Millionen Mark für diese Zwecke vor. Die Reichspost mit ihrem 2-Milliarden-Etat konnte 1932 für Sachausgaben nur 275 Millionen Mark einstellen.

Dagegen sind durch das Kabinett Papen im besonderen der Privatwirtschaft tatsächlich Geldmittel in Milliardenhöhe zur Verfügung gestellt worden, so allein schon 1,5 Milliarden und 0,7 Milliarden Mark Steuergutscheine. Dazu kommen die verschiedensten Arten der Dst-hilfe, weiter sonstige Subventionen und Kredite in barem Gelde, in Schatzscheinen und durch Bürgschaften.

Die Reichsbank betont immer wieder, daß

sie jeden anständigen Wechsel zu diskontieren bereit sei, der von ihr bereitgehaltene privatwirtschaftliche Kredit ist bisher bei weitem nicht ausgeschöpft worden. Die Bank für Industrieobligationen und die Akzept- und Garantienbank klagen über die gleichen Tatsachen. Dennoch wurden jetzt mit Reichshilfe noch zwei weitere Kredithilfsvereinigungen gegründet. Die wieder stüßig werdenden Unternehmungen und Unternehmer drängen mit ihren Geldern aber gar nicht so sehr nach eigener Arbeitsbeschaffung, sondern in Konkurrenz mit den Stillhaltgebern auf den Rentenmarkt und auch auf den Aktienmarkt. Die Börse lebt seit Wochen zwischen steigenden Kursen. Sogar die Reichsbahn wollte die nunmehr ihr zufallenden 180 Millionen Mark Beförderungsteuer nicht für Arbeitsbeschaffung benutzen, sondern zum inneren Ausgleich ihrer Bilanz!

Das Kabinett Brüning und das Kabinett Papen haben im Laufe des Jahres 1932 rund 700 Millionen Mark für echte Arbeitsbeschaffung zur Verfügung gestellt, davon 375 Millionen Mark für Reichsbahn und Reichspost, 175 Millionen für die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten.

Ein erheblicher Teil dieser Aufträge ist überhaupt noch nicht vergeben! Auch die Ziffern über die 20prozentige Beurlaubung von Haus-

reparaturen sind bisher noch falsch; man sprach schon von 250 Millionen Mark in Auftrag gegebener Hausreparaturen. Nur die Mittel für die Teilung großer Wohnungen (rund 30 Millionen Mark) sollen voll ausgegeben sein.

Jetzt will das Kabinett Schleicher von den 700 Millionen Mark Steuergutscheinen für Arbeiterlohnprämien rund 500 Millionen Mark abzwacken. Die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten soll davon 300 Millionen Mark, die Rentenbankkreditanstalt 200 Millionen erhalten. Selbstverständlich können auch mit diesen Beträgen, wenn sie planmäßig durch die öffentliche Hand gegeben werden, nicht unerhebliche Mengen von Arbeit beschafft werden. Aber vorläufig zanken sich darüber die Instanzen.

Ueber die Zinsen für das hinzugegebene Geld ist man sich schließlich einig geworden. Dabei ist aber der Zinssatz so hoch geworden — etwa 8 Prozent! —, daß nunmehr schon als zufällige Sonderaktion des Reiches ein Zinsverbilligungszuschuß — etwa 2 Prozent — notwendig geworden ist. Der Kreditapparat für die Arbeitsbeschaffung ist jetzt schon außerordentlich kompliziert, umfaßt er doch neben der den Auftrag vergebenden Stelle, zum Beispiel einer Gemeinde, und der den Auftrag genehmigenden Reichsbehörden (Reichsfinanzmin-

Polnisch-russischer Fliegerkampf

Luftgefecht im Grenzgebiet — Eine russische Maschine abgeschossen

Bukarest, 30. Dezember.

Im polnisch-russisch-rumänischen Grenzgebiet kam es über polnischem Gebiet zu einem polnisch-russischen Fliegerkampf. Ein russisches Flugzeug, das polnisches Gebiet überflogen hatte, wurde von drei polnischen Maschinen verfolgt. Dem Sowjetflieger eilten drei russische Piloten zu Hilfe. Es kam zu einem hartnäckigen Gefecht. Eine russische Maschine stürzte über polnischem Boden ab. Der Pilot wurde auf der Stelle getötet; die drei anderen Flieger flogen auf russisches Gebiet zurück.

Das muß nun gerade drei Tage nach der Ratifizierung des polnisch-russischen Nichtangriffsvertrages passieren! Freilich kommt der Bericht

aus Rumänien, das wegen Besarabien einen solchen Fall nicht erlangen kann und über das Abkommen Moskau-Bukarest schon gar nicht erfreut ist.

Alles nur Zufall!

Ganz zufällig 20 Ausweisungen . . .

Die Ausweisungsaktion gegen Kommunisten ausländischer Staatsbürgerschaft wird vom Polizeipräsidenten als ein lediglich zufälliges zeitliches Zusammentreffen von etwa zwanzig Verfahren hingestellt, die zumeist schon seit längerer Zeit wegen staatsfeindlicher Betätigung oder sonstiger Gesetzwidrigkeiten der Betroffenen geschwebt hätten. Es handelte sich zum Teil um Ausweisungen, zum Teil um Richtverlängerung der Aufenthaltbewilligung und das ganze Verfahren stützt sich auf die Ausländerverordnung von diesem Jahre. Von einer allgemeinen Ausweisungsaktion könne gar keine Rede sein.

Eine Blutbilanz

Das Regime Klagges in Braunschweig

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Braunschweig, 30. Dezember.

Der „Volksfreund“ stellt heute folgende Blutbilanz des Regimes Klagges im Jahre 1932 auf: 4 politische Morde, darunter 1 Fememord, 16 Blutstößen mit Schwerverletzten, 4 Sprengstoffattentate, 8 Anschläge auf Wohnungen und Häuser, darunter ein Anschlag auf eine katholische Kirche, eine große Anzahl Leichtverletzter, Sachbeschädigungen, Uebertreibungen usw. Von all diesen Verbrechen hat kein einziges gerichtliche Sühne gefunden. Falls überhaupt eine Verfolgung eintrat — das war in den wenigsten Fällen —, so kam die Amnestie dazwischen. Lediglich die Bombenanschläge harren noch der Aburteilung.

SA-Führer Bennecke verschwunden!

Zwei Tage nach der Auffindung der Leiche von Hentzsch verreist

Dresden, 30. Dezember.

Gegen den Führer der Dresdener SA, den nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Bennecke, sind schwerwiegende Beschuldigungen bei der Dresdener Staatsanwaltschaft erhoben worden, daß er von der Vorbereitung des Mordes an Hentzsch gemußt habe.

Es ist auffallend, daß Dr. Bennecke zwei Tage nach Auffindung der Leiche des Hentzsch Dresden zu einer angeblichen Weihnachtsurlaubreise ins Riesengebirge verlassen hat.

Man sollte denken, daß ein Führer und noch dazu einer, der in die Angelegenheit verwickelt ist, gerade dann, wenn ihn die Staatsanwaltschaft braucht, nicht mehr oder minder heimlich seinen Amts- und Wohnsitz verläßt. Es ist daher begründlich, daß allgemein vermutet wird, Bennecke werde

den drei Mördern auf der Flucht über die tschechische Grenze ins Ausland folgen. Allein bisher war hierfür keine Bestätigung zu erlangen und bis auf weiteres ist Bennecke obendrein auch durch seine Immunität geschützt.

Es ist aber sicher zu erwarten, daß, wenn die Staatsanwaltschaft ihn auch weder festnehmen noch bei ihm eine Hausdurchsuchung durchführen kann,

sie schließlich einen Antrag auf Aufhebung der Immunität beim Landtag stellen wird.

Schon im Interesse der völligen Klärung der Angelegenheit muß das geschehen. Bedauerlicherweise hat sich der Landtag bis zum 19. Januar vertagt, so daß die Entscheidung über den voraussetzlichen staatsanwaltschaftlichen Auslieferungsantrag erst gegen Ende Januar zu erwarten sein dürfte.

